

Auszug aus der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Planungsausschusses vom 24.09.2009

Gesamtzahl der Mitglieder: 31 Mitglieder

Anwesende stimmberechtigte Mitglieder: 31 Mitglieder

TOP 6

Aus- und Neubau der Rheintalbahn

hier: Aktueller Sachstand

Wortmeldungen: Verbandsvorsitzender Neideck, VM Schilling, VM Greschkowitz,
Fraktionsvorsitzender Friebis, VM D. Ehret

Laut **Verbandsvorsitzendem Neideck** sei den Medien zu entnehmen gewesen, dass ein Projektbeirat einberufen werde. Bisher sei bei diesem Projektbeirat lediglich definiert, wer vom Land Baden-Württemberg teilnehmen werde. Neben den betroffenen Landräten seien dies die beiden Regionalverbände, das Regierungspräsidium, das Innenministerium und aller Voraussicht nach das Finanzministerium. Man wisse weder, wer seitens der Bundesregierung noch wer seitens der Bahn oder des Eisenbahnbundesamtes teilnehmen werde, noch wann das Gremium tagen werde. Es gebe ein Schreiben des Innenministers, das von Oktober als erstem Gesprächstermin ausgehe, man habe jedoch noch keine konkreten Terminlagen. Unabhängig davon sei die gemeinsame Forderung gewesen, ein solches Gremium mache nur dann Sinn, wenn sicher gestellt werden könne, dass die diskutierten alternativen Planungen ernst genommen werden. Dies würde signalisiert, wenn man zu einem Moratorium käme, um Zeit zu haben gleichwertige Trassenuntersuchungen auszuarbeiten. Er nehme hierzu Bezug auf das an ihn gerichtete Schreiben des Bundesministers für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung vom 09.09.2009, aus dem deutlich hervorgehe, dass er den Vorschlag, laufende Planfeststellungsverfahren zu stoppen, nicht unterstützen werde. Dies bedeute, dass man einen enormen Aufwand im Projektbeirat betreiben müsse, um zu einem Moratorium zu kommen. Er hoffe, dass man bis zur November-sitzung berichten könne, wie der Projektbeirat konkret aussehe und was in einem solchen Gremium überhaupt geleistet werden könne. Man sollte verhindern, dass man als „Alibi“ erhalten müsse, nach dem Motto: „Sie haben ja am Tisch gesessen und jetzt ist gut“. Man werde in diesem Gremium klar die Forderungen vertreten, die man im Regionalverband mehrheitlich beschlossen habe. Er werde jedoch auch deutlich machen, dass man hier nur eine rund 80 prozentige Mehrheit vertrete und es auch andere Positionen in der Region gebe, die ebenfalls darzustellen wären. Selbstverständlich werde man jedoch der Mehrheitsmeinung Rechnung tragen. Insbesondere wolle man den Schulterschluss von Offenburg bis Weil am Rhein erreichen und dürfe nicht Gefahr laufen, sich regional auseinander dividieren zu lassen. Man müsse in diesen Gremien mit einer Stimme sprechen.

Nach Auffassung von **VM Schilling** sei es sehr zu begrüßen, dass Verbandsvorsitzender Neideck bereit sei, hier entsprechend mitzuwirken. Fraglich sei für ihn jedoch, ob der von Innenminister Rech anvisierte Termin am 09.10.2009 wirklich stattfinde. Dies wäre wünschenswert. Auf der anderen Seite sei zu Recht das Moratorium angesprochen worden, weil auch im südlichen Abschnitt bei Weil am Rhein die Gefahr bestehe, dass Baurecht entstehe. Dies würde OB Dietz sicherlich zuwiderlaufen, insofern sei es wichtig, dass der Regionalverband im Interesse aller deutlich Position beziehe. Außerdem sei geplant, in den Abschnitten 7.4 und 8.0 in der Zeit vom 17. –19.11.2009 die Nacherörterung durchzuführen und am Wochenende darauf den Abschnitt 7.3 zu erörtern. Man müsse auch deutlich machen, dass hier weiterhin viel Geld in die Hand genommen werde und müsse sich fragen, ob dies richtig sei. Insbesondere die Menschen würden sich hier nicht ernsthaft wahrgenommen fühlen. Im Interesse aller, einschließlich derjenigen der „Kappel-Grafenhausener Erklärung“, wäre es ein vertrauensbildender Prozess, die Zeit zu nutzen all die Dinge, die auf dem Tisch liegen auch tatsächlich im Interesse der Menschen zu erörtern.

VM Greschkowitz weist darauf hin, dass bei der von Verbandsvorsitzenden Neideck vorgetragenen Aufzählung, wer alles im Projektbeirat sei, die IG Bohr gefehlt habe. Nach seinen Informationen von Staatssekretärin Caspers-Merk bekomme die IG Bohr einen Sitz im Projektbeirat. Er gehe davon aus, dass die beiden Regionalverbände die Arbeit in Abstimmung mit den Bürgerinitiativen aufnehmen.

Verbandsvorsitzender Neideck bestätigt, dass die Bürgerinitiativen ebenfalls einen Sitz im Projektbeirat haben. Man müsse versuchen, nicht nur mit den Bürgerinitiativen, sondern auch mit den Landratsämtern, dem Innenministerium, Finanzministerium und dem Regierungspräsidium mit einer Stimme zu sprechen, denn nur wenn der Raum geschlossen auftrete, werde man gehört werden.

Fraktionsvorsitzender Friebis hält es für völlig inakzeptabel, wie man seitens des Bundesverkehrsministers mit der gesamten Raumschaft umgehe. Wenn er aus diesen Antwortschreiben höre, dass es nicht in Frage komme, Planfeststellungsverfahren zu stoppen oder beispielsweise auch keine Reaktion zur Abschaffung des Schienenbonus gebe, könne man nur hoffen, dass es nach der Wahl einen neuen Verkehrsminister gebe. Außerdem halte er es parteipolitisch für „etwas schräg“, wenn die 4 SPD-Bundestagsabgeordneten in der Presse große Ankündigungen machten, dass sie einen Vorstoß bezüglich eines Stopp der Planfeststellungsverfahren beim Bundesverkehrsminister machen würden und dann keine Antwort sehe, was dabei herauskomme. Auch hier sollte man eine offene und transparente Informationspolitik machen.

Laut **VM D. Ehret** habe Innenminister Rech sehr deutlich signalisiert, dass er und die komplette Landesregierung vollkommen hinter den Forderungen der Region stehe. Die Meinung von Fraktionsvorsitzenden Friebis zum Bundesverkehrsministerium teile er vollkommen. Sowohl die SPD-Bundestagsabgeordneten als auch die Landtagsabgeordneten der Region seien hierüber natürlich sehr unglücklich. Für die Kollegen sei dies recht schwierig. Ferner wolle er darauf hinweisen, dass ihn Fraktionsvorsitzender Mungenast in einer vorangegangenen Sitzung aufgefordert habe, sich nicht als Regionalrat, sondern als Abgeordneter für die Beteiligung der Bürgerinitiativen im Projektbeirat stark zu machen. Dies habe er schriftlich gemacht. Andere Kollegen hätten sich ebenfalls eingesetzt und man sei erfolgreich gewesen. Es sei nun ganz wichtig, dass sich alle Vertreter der Region

absprechen, damit man der Bahn bzw. den „Verhinderern“ keine „Breitseite“ gebe. Man könne sagen, dass die Bürgerinitiativen den maßgeblichsten Teil für eine Lösung erarbeitet hätten und müsse diese deshalb auch „ordentlich mitnehmen“.